Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 50	S0381/24	26.08.2024
zum/zur		
F0216/24 – CDU/FDP-Stadtratsfraktion Stadtrat Schwenke		
Bezeichnung		
Sachstand der Arbeitspflicht für Asylbewerber		
Verteiler	Tag	
Die Oberbürgermeisterin	10.09.2024	

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Borris,

in der Stellungnahme des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herrn Dr. Ingo Gottschalk, vom 15.03.2024 (S0168/24) fragte die CDU-Ratsfraktion (VII. WP) nach der damals öffentlich viel diskutierten Rechtslage und nach Tätigkeiten von Asylbewerbern innerhalb und außerhalb von Einrichtungen bzw. Unterkünften.

Dieser Stellungnahme war zu entnehmen, dass „die Landeshauptstadt Magdeburg beabsichtigt, die Leistungsberechtigten noch intensiver für Aufgaben innerhalb von Einrichtungen heranzuziehen“. Auch außerhalb von Einrichtungen sollte dies in einer Erprobung erfolgen. Es waren laut Stellungnahme ca. 25 Leistungsempfänger monatlich freiwillig eingebunden. Weiter: „Es wird geprüft, die Arbeitsgelegenheiten auszubauen“.

Dazu frage ich die Oberbürgermeisterin:

1. Wie konnten die Arbeitsgelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtungen seit April 2024 ausgebaut werden?

Stellungnahme der Verwaltung:

Im April (Stichtag: 25.04.2024) waren insgesamt 38 Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach dem Asylbewerberleistungsgesetz besetzt. Die Anzahl der besetzten Arbeitsgelegenheiten konnte auf 47 AGH zum 15.08.2024 erhöht werden.

Gegenwärtig sind 25 Arbeitsgelegenheiten in den Unterkünften der Landeshauptstadt Magdeburg, 12 AGH in der Landesaufnahmeeinrichtung und 10 AGH bei der Hoffnungsgemeinde besetzt.

2. Welche Tätigkeiten werden innerhalb und außerhalb geleistet?

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Landesaufnahmeeinrichtung und in den kommunalen Unterkünften reinigen die AGH-Teilnehmenden die Küchen, die Gemeinschaftsräume, pflegen die Grünflächen, kümmern sich um die Müllentsorgung, nehmen Kleinstreparaturen vor, unterstützen beim Aufbau von Möbeln und übernehmen Sprachmittler Tätigkeiten. Ferner wird eine Kinderbetreuung angeboten.

Bei den Tätigkeiten bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern kommen alle Tätigkeiten infrage, die auch im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II realisiert werden. Bei der Hoffnungsgemeinde werden vorrangig handwerkliche Tätigkeiten ausgeführt.

3. Wie viele Leistungsempfänger sind derzeit eingebunden?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Frage ist bereits unter 1. beantwortet worden.

Entscheidend ist die Anzahl der besetzten Arbeitsgelegenheiten. Eine fiktive Anzahl an möglichen Plätzen ist nicht aussagekräftig.

4. Weil es sich um eine Arbeitspflicht handelt, wie viele Leistungsempfänger sind derzeit nicht freiwillig eingebunden?

Stellungnahme der Verwaltung:

Alle AGH Teilnehmenden werden entsprechend des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) rechtlich zugewiesen und sind damit zur Durchführung der Arbeitsgelegenheit verpflichtet. Ebenso wie bei der Schulpflicht kann nicht festgestellt werden, in welchem Umfang die Teilnahme bzw. Wahrnehmung auch nach Wegfall der Verpflichtung erfolgen würde.

5. Welche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Arbeitspflichtig für Asylbewerber treten auf?

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der Realisierung von Arbeitsgelegenheiten nach dem AsylbLG können folgende Schwierigkeiten auftreten:

Die Teilnehmenden verfügen nach der Ankunft in Deutschland in der Regel über keine bis sehr geringe Deutschkenntnisse. Hieraus ergeben sich erhebliche Sprachbarrieren, die Sprachkurse erforderlich machen.

Eine angemessene Anleitung und Begleitung sind aufgrund der knappen personellen Ressourcen bei vielen potenziellen Einsatzorten kaum realisierbar. Entsprechendes Personal ist gegenwärtig nur bei den Beschäftigungsgesellschaften AQB gGmbH und GISE mbH vorhanden.

Vielfach erfolgt zeitnah ein aufenthaltsrechtlicher Statuswechsel, der zwangsweise zu einer Beendigung der Arbeitsgelegenheit führt. Daraus folgt leider eine hohe Fluktuation. Die Teilnehmenden bleiben deshalb in der Regel nur wenige Monate in den Arbeitsgelegenheiten.

Bestimmte Unterlagen, die für einige Tätigkeiten erforderlich sind, sind nicht verfügbar (z. B. Führungszeugnis). Aus diesem Grund kommen nicht alle Einsatzorte in Frage, die bei AGH nach dem SGB II realisiert werden.

Außerdem ist der Gesundheitszustand der Teilnehmenden unzureichend bekannt. Einschränkungen können hier den Tätigkeiten entgegenstehen, sodass Zuweisungen aufgrund dieser Einschränkungen nicht realisierbar sind.

Insgesamt sind ein hoher Verwaltungsaufwand und finanzielle Mehraufwendungen mit der Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten nach dem AsylbLG verbunden, die zurzeit nicht vom Bund oder vom Land erstattet werden. Der Ausbau von Arbeitsgelegenheiten nach dem AsylbLG wird weiterentwickelt.

Dr. Gottschalk